

Die Produktbereiche 1 bis 17 werden in der Sitzung am 15. Juni eingehend beraten und erörtert.

Im Rahmen der Beratungen werden bereits teilweise die Fragen der SPD-Fraktion beantwortet:

1. Zuschüsse an die Sportvereine

An die Sportvereine werden keine direkten Zuschüsse gewährt. Lediglich auf Grund vertraglicher Regelung mit dem SC Altendorf-Ersdorf gibt es einen Investitionszuschuss von 50.000 €, einen jährlichen Zuschuss für die Unterhaltung des Kunstrasenplatzes von 12.000 € und für die Pflege und Unterhaltung der Restflächen von 5.000 €. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 20 Jahre.

2. Kosten des Betriebs der Sportstätten

a. Unterhaltung: Die Kosten setzen sich zusammen aus den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Bewirtschaftung und Unterhaltungskosten) in Höhe von 510.000 € sowie den bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 304.000 €, sowie 11.300 € für Wärmeversorgung und Telekommunikation.

b. Investitionen: Es ist nur eine Investition im Haushalt etatisiert. Es handelt sich dabei um die Außenumkleide am Preuschhoff-Stadion.

c. Einsparungsmöglichkeiten: Durch die energetischen Sanierungsmaßnahmen ergeben sich entsprechende Einsparungen bei den Bewirtschaftungskosten. Weitere Einsparungsmöglichkeiten sind in den Haushalt eingeflossen. Darüber hinausgehende Möglichkeiten werden nicht gesehen.

d. Kostenaufteilung Nutzung Schulen/Sportvereine: Die entsprechenden Zahlen liegen der Verwaltung nicht vor. Die SPD-Fraktion erläutert, dass diese Zahlen ggf. zukünftig im Rahmen der Diskussion einer Sportstättenbenutzungsgebühr zu Grunde gelegt werden sollten.

3. Kennzahlen

Die vom Gesetzgeber geforderten Kennzahlen nach dem NKF-Kennzahlenset werden seit der Eröffnungsbilanz in den Vorberichten und den Jahresabschlüssen entsprechend genannt. Im Hinblick auf produktspezifischen Kennzahlen wird derzeit zusammen mit IKVS eine erste Basis für Kennzahlen zusammengestellt. Durch die seit letztem Jahr bestehende Kooperation von IKVS mit NewSystem/Infoma soll zukünftig ist ein leichter Zugriff auf die Daten möglich sein. Ebenso besteht dann auch die verbesserte Möglichkeit der grafischen Darstellung des Haushaltes. Bis Ende des Jahres möchte IKVS die Erstellung von Quartalsberichten ermöglichen. Bisher werden die Daten nur einmal im Jahr eingepflegt.

Zur Sitzung am 22. Juni hat die Verwaltung zu diesem Punkt eine Änderungsliste zum Haushaltsentwurf als Tischvorlage nachgereicht.

Im Vorfeld der Beratungen wurden seitens der Fraktionen folgende schriftliche

Anträge gestellt:

**Ergänzung des § 13 der Haushaltssatzung (BfM-Fraktion):  
Beförderungssperre**

Die Verwaltung erläutert, dass eine Beförderungssperre nur für Beamte gilt. Derzeit weist der Stellenplan 27,6 Beamtenstellen aus. Bei Neueinstellungen von Beamten wird in der Regel zunächst eine Erprobungszeit festgelegt. Die Einstellung von Beamten ist aber eher selten. Aktuell wären von einer Beförderungssperre lediglich 1 bis 2 Beamte betroffen, die aber bereits länger auf ihren Stellen sind. Daher hat eine Beförderungssperre in der beantragten Form in der Praxis keine Relevanz.

**Beschluss: mehrheitlich abgelehnt  
Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 9 Enthaltungen 2**

**Produktbereich 3:**

**1. Erhöhung des Pauschalbetrages der OGS Meckenheim (Bündnis  
90/Die Grünen)**

Die Verwaltung erläutert, dass die Finanzierung der OGS bereits jetzt schon ein Defizit von 170.000 € ausweist. Eine Erhöhung führt zu einem zusätzlichen Defizit von 32.000 €. Auf Grund der Geschwisterkindbefreiung ist eine Gegenfinanzierung nicht möglich.

Bei der OGS handelt es sich um eine freiwillige, sinnvolle Leistung, aber eine Erhöhung der freiwilligen Leistungen ohne eine Kompensationsleistung wird keine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erhalten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regt eine fachliche Diskussion an und schlägt vor, dass Änderungen im Bereich Geschwisterkindbefreiung möglich sind. Zur weiteren Finanzierung wird vorgeschlagen die Spielautomatensteuer zu erhöhen, eine Reduzierung der Fortbildungskosten vorzunehmen und eine Änderung der Elternbeitragsatzung im Hinblick auf die Geschwisterkindbefreiung.

Die FDP-Fraktion regt eine ausführliche Diskussion über die Beiträge im zuständigen Jugendhilfe- bzw. Schulausschuss an.

**Beschluss: mehrheitlich abgelehnt  
Ja-Stimmen 1 Nein-Stimmen 7 Enthaltungen 5**

**2. Weiterführung der Schulsozialarbeit (BfM-, SPD-Fraktion und  
Bündnis90/Die Grünen)**

Die SPD-Fraktion erläutert, dass man den Antrag jetzt gestellt hat, weil auch über das Haushaltssicherungskonzept bis 2026 diskutiert wird und man ein Signal geben möchte, dass diese Arbeit sehr wichtig ist.

Die Verwaltung erläutert, dass das Haushaltssicherungskonzept jedes Jahr

angepasst wird, damit entsprechende Änderungen auch erfolgen. Daher kann man diesen Antrag später stellen, weil bis Ende 2017 die entsprechende Finanzierung gesichert ist.

Es besteht ein gemeinsamer Konsens der Fraktionen, dass die Schulsozialarbeit über das Jahr 2017 hinaus fortgeführt werden sollte. Die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt sei aber nicht zielführend, da derzeit noch nicht bekannt ist, ob über 2017 hinaus eine Anteilsfinanzierung oder die gesamte Kostentragung über die Kommune erfolgen müsse. Bevor eine Entscheidung getroffen wird, soll die weitere Entwicklung abgewartet werden. Über die Weiterführung der Schulsozialarbeit soll im Zuge der Beratungen des Haushalts 2017 entschieden werden.

Der Antrag wird daher zurückgezogen.

### **Produktbereich 6: Erhöhung Elternbesuchsdienst auf 10 Stunden (CDU-Fraktion)**

In der Sitzung am 15. Juni wurde dieser Punkt bereits kurz angerissen und eine mögliche Finanzierung von 6.300 € aus dem Budget Wirtschaftsförderung angeregt. Die Verwaltung erläutert, dass die Vermarktung des neuen Gewerbegebietes, das Baustellenmarketing und der Tag der Städtebauförderung unter anderem über dieses Budget finanziert werden. Nach Rücksprache mit dem Wirtschaftsförderer könnte lediglich eine Summe von 2.000 € eingespart und zur Gegenfinanzierung eingesetzt werden.

Nach eingehender Erörterung und Beratung wird beschlossen, dass der Elternbesuchsdienst von 6 auf 10 Stunden erhöht wird. Der hierdurch eintretende finanzielle Mehrbedarf ist innerhalb des Produktes 363.1 Jugendhilfe zu kompensieren.

**Beschluss: Einstimmig  
Ja-Stimmen 13**

### **Produktbereich 8:**

- 1. Kostenzuschuss Parkplatz des SC Altendorf/Ersdorf (BfM-Fraktion)**
- 2. Schaffung weiterer Parkplätze (BfM-Fraktion) bzw. Realisierung eines Parkplatzes (CDU-Fraktion)**

Da diese zwei Punkte im Zusammenhang mit vertraglichen Vereinbarungen diskutiert werden müssen, wird die Beratung in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung verschoben.

### **Produktbereich 16:**

- 1. Liste Gewerbesteuerklassen (CDU-Fraktion)**

Die Verwaltung erläutert, dass eine Abschätzung der Gewerbesteuer sehr schwierig ist, da man auf die Angaben des Finanzamtes angewiesen ist. Teilweise führen Steuerprüfungen zu entsprechenden Rückzahlungen die nicht prognostiziert werden

können. Die Verwaltung sagt zu, dass man im Haupt- und Finanzausschuss über die Entwicklung der Gewerbesteuerereinnahmen im Laufe des Jahres berichtet.

Der Antrag wird von der CDU-Fraktion daher zurückgezogen.

## **2. Einführung Zweitwohnungssteuer und Wettbürosteuer (CDU-Fraktion/Arbeitskreis)**

Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst zeitnah die Einführung einer Wettbürosteuer und die potentielle Einführung einer Zweitwohnungssteuer zu prüfen und den Haupt- und Finanzausschuss über die Auswirkungen und Machbarkeit zu informieren.

**Beschluss: Einstimmig  
Ja-Stimmen 13**

## **Allgemein: Budgetierung/Ausführung im Quartalsbericht (CDU-Fraktion/Arbeitskreis)**

Die CDU-Fraktion zieht den Antrag zurück, da nach den Ausführungen der Verwaltung derzeit die Software-Voraussetzungen dafür noch nicht vorliegen.

Die Verwaltung wird zur Sitzung des Rates eine Veränderungsliste vorlegen, in der die beschlossenen Fraktionsanträge eingearbeitet werden sowie eine Anpassung der Haushaltssatzung vornehmen.

Hinsichtlich der Beratung des Haushaltssicherungskonzeptes werden von den Fraktionen keine Fragen oder Anträge gestellt.